

100

1 8 9 6 - 1 9 9 6

ÖTV

100 Jahre Geschichte der
Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr

in Fürth

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft ÖTV
Kreisverwaltung Fürth
Königswarterstr. 16
90762 Fürth

Presserechtlich verantwortlich: Gerd Axmann
Layout und Gestaltung: Susanne Altenberger
Druck: Fabi & Reichardt Druck, Nürnberg
Wir danken dem Stadtarchiv Fürth für die Unterstützung
Erschienen im November 1996

100

1896 - 1996



Gerd Walther

100 Jahre Geschichte der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in Fürth

1896 - 1996

Personenregister

Axmann Gerd	S. 39, 43
Baier Josef	S. 39
Baier Karl	S. 33
Bechtel	S. 24
Beutemann Johann	S. 14
Böckler Hans	S. 19
Efstratiou Elke	S. 43
Endres Georg	S. 39
Fuchs Fritz	S. 11-14
Hagen Lorenz	S. 35
Hartosch Rudi	S. 39
Kanofsky Alfred	S. 35
Kramer	S. 24
Landleiter Hermann	S. 34
Metzger Erich	S. 33, 35
Pernpointner C.	S. 11
Popp Georg	S. 14
Popp Peter	S. 17,18
Reinmüller Josef	S. 14
Reitzammer Hans	S. 35
Scherzer Friedrich	S. 19
Schmidt Fritz	S. 37, 38
Schmidt Georg	S. 17,18
Schmidt Karl	S. 33
Schmidt Ludwig	S. 14
Schmidtill Karl	S. 33
Schuber Hans-Stefan	S. 39, 43
Schubert Jakob	S. 14
Schuster Fritz	S. 14, 29
Schwarz Hans	S. 33
Segitz Karl	S. 33
Segitz Martin	S. 9
Spahn	S. 24
Spüler Johann	S. 17,18
Sulzer Johann	S. 14
Szemeitzke Monika	S. 43
Wolf Hans	S. 33, 35

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!



100 Jahre sind vergangen, seit in Fürth die Handels- transport- und Verkehrsarbeiter einen gewerkschaftlichen Verband gegründet haben. Dies war die erste Vorläufer- organisation der Gewerkschaft ÖTV. Ein langer Weg lag vor ihnen, steinig und dornenreich. Mut, Zähigkeit und Weitsicht zeichnete die aus, die ihn gegangen sind. Unser Jubiläum bietet Anlaß, den Weg des Aufbaus einer freien Gewerkschaft in Fürth nachzuzeichnen und damit gleichzeitig auch die vielen Kolleginnen und Kollegen zu ehren, die dazu beitrugen.

Der Kampf um höhere Löhne, verbesserte Arbeitsbedingungen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Arbeitszeitverkürzung ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Fürther Gewerkschaften. In den verschiedenen Zeittappen seit der Gründung unserer Vorläuferorganisationen haben viele Generationen von Mitgliedern und Funktionärinnen und Funktionären die Verhältnisse in Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft durch ihr Engagement mitgestaltet und sozial verbessert. Ihre Erfahrungen bilden einen großen Wissens- schatz der Fürther ÖTV. Mit dieser Broschüre wollen wir ihn zugänglich machen und damit Erkenntnisse bewahren.

Unser besonderer Dank gilt Susanne Altenberger, Georg Endres, Gerd Walther und dem Stadtarchiv Fürth.

Diese Broschüre soll für alle Mitglieder und Interessierte eine informative Lektüre sein. Die vorliegende Geschichte der Fürther ÖTV soll aber auch allen Kolleginnen und Kollegen Anlaß sein, weiter für unsere gemeinsamen gewerkschaftlichen Ziele einzutreten.

Hans-Stefan Schuber
Kreisvorsitzender

Gerd Axmann
Geschäftsführer

Vorläufer der Gewerkschaften

Für die Zeitgenossen war Fürth schon um 1800 als Fabrikstadt bekannt, in der die herkömmlichen strengen Zünfte kaum existierten, Handwerke allenfalls eine relativ schwache Organisation besaßen. Heimarbeit war verbreitet, Kinderarbeit üblich, ebenso die Arbeit von Frauen. Aber das war alles vor der Industrialisierung, die 'Fabrikstadt' muß deutlich von einer Industriestadt unterschieden werden.

In der sog. Dreiherrschaft hatte sich der Ort vor allem im 18. Jahrhundert gut entwickelt, die Bevölkerungszahl hatte sich mehr als verdoppelt. Auch ein hoher jüdischer Bevölkerungsanteil, der beim Übergang Fürths an Bayern 1806 viele seiner Rechte verlor, war prägend für den aufstrebenden Ort. Doch mit dem Übergang an Bayern ging der Schwung verloren, die Bevölkerung, Juden wie Nicht-Juden, sahen sich mit einer mannigfaltigen Bevormundung konfrontiert, wie sie vorher nicht vorhanden gewesen war. Zusammen mit einer schwierigen wirtschaftlichen Lage führte diese Konstellation dazu, daß Fürth im 19. Jahrhundert eine Hochburg der Liberalen und Demokraten wurde. Mit der Industrialisierung, die in Fürth etwa ab 1860 einsetzte, entwickelte sich die Stadt zum Zentrum der Sozialdemokratie und radikalen Demokraten in der Monarchie. Bis zur Inflation 1923 währte diese Dominanz, erst dann bekamen Konservative und rechtsradikale Parteien und Gruppierungen größeren Einfluß.

Die Revolution von 1848 führte auch zur Gründung erster politischer Gruppierungen, darunter dem 'Arbeiterverein', der Verbindung zu der auf nationaler Ebene organisierten 'Arbeiterverbrüderung' Stefan Borns

hatte. Der 'Arbeiterverein' bestand von 1848 bis zu seinem Verbot 1850. Anderen politischen Gruppierungen der Revolutionszeit widerfuhr das gleiche Schicksal. Erst zu Beginn der 1860er Jahre entstanden in Fürth wieder Parteien des Bürgertums und der Arbeiterschaft.

Die Entwicklung der Gewerkschaften verlief nach einem ähnlichen Schema. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts gab es in Fürth - in Anlehnung an manche Handwerke - Gesellenschaften. Auch von einem Gesellenaufstand mit heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Meistern und Gesellen im Gasthaus Goldener Schwan am Grünen Markt wird berichtet.

Im Jahr 1831 wird in Fürth mit dem "Verein der Brauknechte" erstmals eine Arbeiterorganisation geschaffen, allerdings hatten gewerkschaftliche Ideen noch keinen Raum. Dieser Zusammenschluß geht aus einer im Jahr 1821 gegründeten Hilfskasse der Brauknechte hervor, mit der sich die Brauknechte gegen die Verelendung bei Krankheit, Unfällen oder Tod schützen wollten.

Zwei Jahre nach der Revolution entstand 1850 ein Wanderunterstützungsverein, um in Not geratenen Gesellen die Reise zum Heimatort zu ermöglichen, denn dieser war für sie in Zeiten der Arbeitslosigkeit und Not zuständig. Anderorts liefen die Gesellen Gefahr, als Landstreicher eingesperrt zu werden. Auch Hilfskassen für Gesellen verschiedener Berufszweige entstanden in der Zeit von 1858 bis 1867, um bei Krankheit, Unfall oder Tod beistehen zu können.

Schon 1865 wird in Fürth der Kolping-Verein für katholische Gesellen gegründet, 1873 folgt der evangelische Gesellenverein. Mit Gewerkschaften haben diese Vereine nichts zu tun, doch hier entstehen Organisationen aus dem beruflichen Umfeld der Arbeiter- und Gesellenschaft zum Teil auch deshalb, um der aufkommenden Sozialdemokratie nicht alleine das Feld zu überlassen.

Die 1. Fürther Gewerkschaft im engeren Sinn ist, wegen der hohen Zahl an holzverarbeitenden Fabriken in Fürth, die Spiegelrahmen und Möbel herstellen, die Gewerbsgenossenschaft der Schreiner, die im Herbst 1868 gegründet wird. Tüncher und Maler, Buchbinder, Schuh-

macher und Lederarbeiter sowie Metallarbeiter folgen bis 1870. Diese frühe Gewerkschaftsbewegung in Fürth gipfelt 1871 mit der Gründung einer Gewerbsgenossenschafts-Union durch 1200 Arbeiter in einem Zusammenschluß der ortsansässigen Gewerkschaften. 1871 findet in Fürth durch die Gewerbsgenossenschaft der Schuhmacher und Lederarbeiter für die Schuhmachergehilfen erstmals ein Streik statt.

erster Streik in Fürth

Aus dem Bereich der heutigen ÖTV taucht erstmals im März 1881 ein „**Unterstützungsverein der Ausgeher und Packer**“ auf. Seinen wichtigsten Zweck hat er im Aufbau einer Krankenkasse für die Mitglieder, die im Krankheitsfalle Krankengeld ausbezahlt bekommen.

Zwar bestehen die Vereinigungen zur Sicherung der beruflichen Interessen ihrer Mitglieder, zwar sind diese allmählich sozialdemokratisch ausgerichtet, doch der Aktionsradius dieser frühen gewerkschaftlichen Verbindungen hat enge Grenzen. Das Sozialistengesetz und die Bewußtseinslage vieler Mitglieder beschränken ihre Aktivitäten auf einen Ort, Fürth. Doch immerhin hat im Jahr 1894 das Fürther Gewerkschaftskartell mit seinen 25 Organisationen 4000 Mitglieder.

Erst nach dem Fall der Sozialistengesetze, die von 1878 bis 1891 die Tätigkeit der Gewerkschaften stark behindern, kommt es zum Aufbau von Zentralverbänden und damit zu dem, was wir heute unter einer modernen Gewerkschaft verstehen. Eisen und Stahl beherrschen das Industriezeitalter, deshalb ist es nicht verwunderlich, daß der Metallarbeiter-Zentralverband eine Vorreiterrolle einnimmt.

Der Fürther **Martin Segitz** spielt beim Aufbau dieser Zentral-Organisation eine große Rolle.

Die Anfänge der Gewerkschaften der Transportarbeiter und der Gemeindearbeiter in Fürth

Der Transportarbeiterverband

Kaum gewerkschaftliche Organisation

Schon um 1890 bestehen sowohl in Nürnberg als auch in Fürth Pakker- und Ausgehervereine. Jedoch sind sie noch nicht gewerkschaftlich orientiert, der organisierte Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen spielt nur eine untergeordnete Rolle.

So bestehen zwar Briefkontakte zum gewerkschaftlichen „**Verband der Geschäftsdienner, Packer und Berufsgenossen in Berlin**“, doch die Mitglieder, die eine stärkere gewerkschaftliche Orientierung suchen, sind in Fürth zunächst noch in der Minderheit, so daß sie sich in diesen Verbänden nicht durchsetzen können. Deshalb wird auch der Kongreß der Handelshilfsarbeiter, der an Pfingsten 1894 in Halle stattfindet, von Fürth und Nürnberg nicht besucht.

Doch die Unzufriedenheit der Mitglieder mit ihren Vereinen nimmt zu. Viele Mitglieder treten deshalb aus den bestehenden Vereinen aus, um mit Hilfe des Gewerkschaftskartells und/oder namhafter örtlicher Sozialdemokraten eine Gewerkschaft zu gründen. Im August 1894 findet in Fürth ein Vortrag des Berliner Arbeiters Dreher über den „Wert und Nutzen der Gewerkschafts-Organisation“ statt. Dieser dürfte wohl der letzte Impuls für 35 Personen gewesen sein, am 1. September 1894 in Fürth den „**Verein der Magaziner, Packer und verwandter Berufsgenossen**“ zu gründen. Am selben Tag gründen in Nürnberg 43 Arbeiter die „**Vereinigung der Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe**“.

10 Pfennige Mitgliedsbeitrag müssen pro Woche entrichtet werden. Dazu kommen - zur Förderung der Mitgliederwerbung - der Kauf von Agitationsmarken für 5 Pfennige pro Monat. Zugleich - so steht es im Jahresbericht des "Deutschen Transportarbeiterverbands, Verwaltungsstelle Nürnberg-Fürth" aus dem Jahr 1907, griff man bereits „bei Gründung der Organisation den kranken und verunglückten Kollegen dadurch unter die Arme, daß man ihnen, je nach Lage und Stand der Ortskasse, Unterstützungen zu teil werden ließ.“

Mitgliedsbeitrag:
10 Pfennige

Schwierig gestaltet sich zu Beginn der Kontakt zu den anderen verwandten Berufsgruppen und vor allem zu deren bereits bestehenden Organisationen. 1897 schließen sich die Speditionsfahrleute an, Bierführer und Kurierbriefträger folgen. Nicht dagegen die Ausgeher und Packer, die Einkassierer, Wäschесammler und Schließwächter. Forderungen zur Arbeitszeitregelung werden erhoben, um 6 Uhr soll Bahn- und Postschluß, um 8 Uhr Ladenschluß sein. Durch Eingaben erreichen die Handelshilfsarbeiter und die Handlungsgehilfen eine weitgehende Durchsetzung der Sonntagsruhe. Auch gegen betrügerische Stellenvermittler wird vorgegangen. Schon 1898 kommt es zu einem Streik der Speditionsfahrleute, der eine Erhöhung der wöchentlichen Löhne von 3 bis 4 Mark bringt. Auch die Straßenbahner versuchen 1898, mit einem Streik höhere Löhne durchzusetzen. Sie scheitern aber, um den obengenannten Jahresbericht zu zitieren, der einen Überblick über die ersten Jahre der gewerkschaftlichen Organisation in Fürth und Nürnberg beinhaltet, wegen "Disziplinlosigkeit". Neben den Speditionsarbeitern erhalten auch die Bierführer, die Lohnkutscher sowie die Kutscher bei der Latrinenreinigung "durch Lohnbewegungen" höhere Löhne.

Die Orientierung an der Zentralorganisation wird nicht mehr aufgegeben. Der Fürther Packer C. Pernpointner vertritt seine Kollegen 1896 auf einem Kongreß in Halberstadt. Kurz darauf, an Weihnachten 1896, wird in Altenburg in Sachsen-Anhalt der eigentliche Gründungskongreß des "Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands" abgehalten. Ein Gruppenfoto zeigt die 24 Gründungsmitglieder des Zentralverbandes, darunter, in der ersten Reihe in der Mitte sitzend, herausragend, den Hut in der linken, das Bierglas in der rechten Hand, zwischen den Beinen seinen Regenschirm, **Fritz Fuchs** aus Fürth.

Gründung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands



Petermann
Altenburg.

Jöris
Stuttgart.

Eckardt
Hamburg.

Hörmle
Stuttgart.

Giese
Hamburg.

Hempel
Hamburg.

Klewe
Altona.

Schulzke
Kannstadt.

C. Kassler
Berlin.

Hoffmann
Berlin.

Lade
Berlin.

Fuchs
Fürth.

Rothe
Chemnitz.

Sc
Le



Gruppenfoto der 24 Gründungsmitglieder des Zentralverbandes. In der ersten Reihe in der Mitte sitzend, den Hut in der linken und das Bierglas in der rechten Hand und zwischen den Beinen den Regenschirm, Fritz Fuchs aus Fürth.

Michaelsen
Hamburg.

Bautze
Leipzig.

Dreher
Berlin.

Sabbath
Hamburg.

midt
ipzig.

Thomas
Magdeburg.

Schneider
Dresden.

Kluge

Leipzig.

Fischer
Altenburg.

Sack
Hamburg.

Schumann
Berlin.

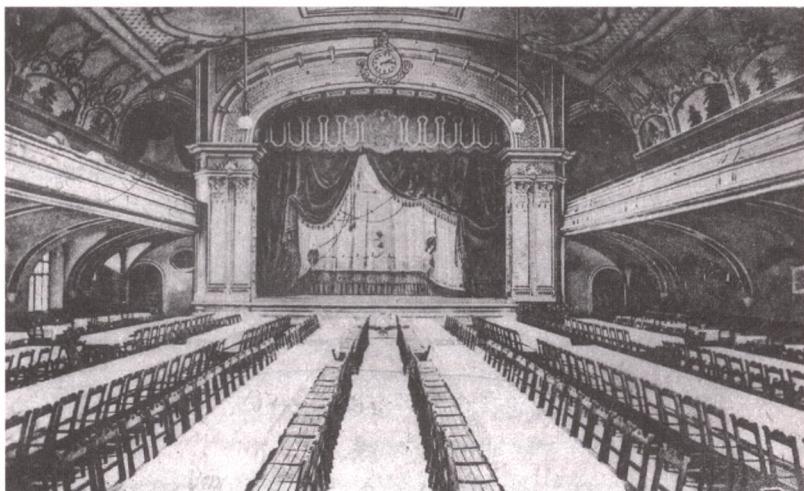
Dieser Verband erfährt 1903 eine wichtige Namensänderung in "Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands", wobei allerdings der Organisationsgrad von Frauen und auch von Jugendlichen lange Zeit gering bleibt. Von 1907 bis 1923 heißt er "Deutscher Transportarbeiter-Verband". Den zunächst etwas irritierenden Namen "Deutscher Verkehrsbund" erhält er 1923 bis zu seinem Zusammensehen mit dem "Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter" im Jahre 1929.

Doch zurück in die Gründungsphase. Am 15. März 1897 meldet Fuchs in Fürth mit einigen Kollegen einen 'Nicht-politischen Verein' an, den "Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Sitz in Berlin, Verwaltungsstelle Fürth, hiermit verbundene lokale Kranken-Cassa". Als Vereinszweck wird genannt: "Die materiellen sowie geistigen Interessen der Mitglieder nach § 152 Gew. Ordng. zu wahren und zu fördern. "

Dies ist der eigentliche Gründungstag der heutigen ÖTV in Fürth.

Fritz Fuchs, Magaziner, Marienstr. 20, dann Amalienstr. 63, ist bis Januar 1900 der 1. Bevollmächtigte. Fritz Schuster, Packer, C. Pernpointner, Packer, Joh. Sulzer, Packer, Ludwig Schmidt, Magaziner, Georg Popp, Magaziner, Jakob Schubert, Magaziner, Josef Reinmüller, Magaziner, Johann Beutemann, Ausgeher, Heinrich Schuster, Packer, bilden bis 1907 die mitunter häufig wechselnden Vorstandsschaften. Diese setzen sich meist aus 1. und 2. Vorsitzenden, Kassier und Schriftführer zusammen, wobei eine Personalunion verschiedener Ämter nicht selten ist. Vom Januar 1900 bis Januar 1901 ist der Packer Jakob Schuster 1. Bevollmächtigter, ihm folgen auf diesem Posten im Januar 1901 der Magaziner Jakob Schubert, im Januar 1902 der Magaziner Josef Reinmüller, im Januar 1904 der Ausgeher Johann Beutemann und ab Juni 1904 der Packer Heinrich Schuster.

Auch die Vereinslokale werden in den Akten genannt. Da ist zunächst ab April 1899 das Lokal Heidingsfelder in der Alexanderstraße. Im Januar 1900 folgt der berühmte Saalbau in der Pfisterstraße. Da er als Saalbau der Evora-Brauerei (Erlanger Straße) errichtet wird, ist auch die Bezeichnung Evora-Säle geläufig. Heute noch ist dieses frühe



Der Saalbau der
Evora-Brauerei wurde
1900 als Gewerkschaftshaus genutzt

Gewerkschaftshaus älteren Fürthern als "Kristall-Palast" ein Begriff. Im Januar 1906 wechselt der Verband erneut sein Domizil und zieht in die Gaststätte Schuster in die Julianstraße, die heutige Hallemannstraße.

Im Januar 1907 werden die Verwaltungsstellen Nürnberg und Fürth vereinigt. In den Akten heißt es dazu lapidar: „19.2.1907: Der Vorstand Schuster teilt heute mit, daß sich die hiesige Verwaltungsstelle ab 1. Januar 1907 mit der Nürnberger Verwaltungsstelle vereinigt hat, Sitz Nürnberg.“ Und zwar in der Jakobstr. 48/I, Telephon 4009.

Zwar beziehen sich die folgenden Angaben des Geschäftsberichts von 1907 auf die beiden Orte Nürnberg und Fürth, doch zeigt sich deutlich die Mitgliederstruktur in diesen frühen Jahren: Am 31. Dezember 1907 hat der Verband 1312 männliche, 68 weibliche und 2 jugendliche Mitglieder.

Der Wochenverdienst liegt bei den männlichen Arbeitern im Durchschnitt bei 22,15 Mark, während sich die Arbeiterinnen mit durchschnittlich 8,58 Mark zufrieden geben müssen. Der schlechteste bezahlte Mann liegt mit 11 Mark Wochenverdienst noch immer deutlich über der bestbezahlten Arbeiterin, die gerade 9,50 Mark in der Woche mit nach Hause bringt.

Vereinigung
der
Verwaltungsstellen
Nürnberg und Fürth.

Die Mitgliederstruktur 1907*

1.a.	Hausdiener, Markthelfer, Ausgeher, Packer etc.	358
	Abzahlungs- und Versicherungskassierer, Kassenboten	6
2.a.	Geschäftskutscher	21
	Schwerfuhrwerkskutscher, Fuhrleute, Geschirrführer	241
	Geschäftsamobilfahrer und Motordreiradfahrer	1
3.a.	Droschkenführer	1
	Automobilroschkenführer	19
4.a.	Bierführer und Mitfahrer	1
5.a.	Speditions-, Speicher- und Lagerarbeiter	398
	Möbeltransportarbeiter	3
	Kohlenarbeiter	101
	Hilfsarbeiter verschiedener Art	138
	Glasreiniger	11
	Arbeiterinnen	10
	Zeitungsträgerinnen	59
	Diverse	14

*Diese Angaben des Geschäftsberichts von 1907 beziehen sich auf die Verwaltungsstelle Nürnberg-Fürth.

230.000 Mitglieder

1907 erhält die Gewerkschaft auch in Nürnberg-Fürth noch eine starke Ausdehnung, als sich ihr der "Verband der Eisenbahner Deutschlands" anschließt. Dagegen dürfte der Anschluß der Hafenarbeiter und Seeleute an den Zentralverband im Jahr 1909 für die Region sicher von untergeordneter Bedeutung gewesen sein. 1914 ist der 'Deutsche Transportarbeiter-Verband' mit 230.000 Mitgliedern die drittgrößte Gewerkschaft in Deutschland. Allerdings verläßt der "Deutsche Eisenbahner-Verband" im Jahr 1915 den Transportarbeiter-Verband wieder, um fortan eigene organisatorische Wege zu gehen.

Die Gemeindearbeiter

In Berlin wird am 5.10.1896 der **“Verband der in Gasanstalten, auf Holz- und Kohleplätzen Beschäftigten und sonstiger Arbeitsplätze”** gegründet. Die Berliner versuchen schon früh, auch im Bereich der Gemeindebetriebe einen Zentralverband aufzubauen.

Die Namensgebung macht dies ebenso deutlich wie die allmähliche Ausdehnung des Organisationsumfangs. 1897 nennt er sich **“Verband der Arbeiter in Gasanstalten und anderen städtischen Betrieben”**, 1899 **“Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten”**, 1903 dann **“Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten”**. Erst 1905 bekommt die Gewerkschaft den Namen **“Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter”**, den sie bis zur Vereinigung mit dem Transportarbeiterverband im Jahr 1929 behält.

In Fürth faßt die Gewerkschaft der Gemeindearbeiter erst einige Jahre nach der Zentralorganisation der Transportarbeiter Fuß. Auch hier existieren in den einzelnen städtischen Betrieben schon Vereinigungen der Beschäftigten. Ähnlich wie bei den Transportarbeitern entwickeln sich auch hier erst allmählich die gewerkschaftlichen Züge heraus.

Am 1. Oktober 1901 erscheinen die Laternenputzer Georg Schmidt und Johann Spüler sowie der Gasarbeiter Peter Popp auf dem Rathaus und melden den **“Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten, Sitz in Berlin, Filiale Fürth”** an.

Vereinszweck des als **“nicht-politisch”** eingetragenen Vereins: **“Die allseitige Vertretung der Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Fragen”**. Der Charakter des nicht-politischen Vereins war insofern wichtig, als er beispielsweise die Mitgliedschaft von Frauen und Jugendlichen ermöglichte, die bei den politischen Vereinen oder Parteien nicht möglich war.

Der **“Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten, Sitz in Berlin, Filiale Fürth”**

Schmidt wird Vorstand der neuen Gewerkschaft, Spüler ist **“Cassier”** und Popp hat das Amt des Schriftführers inne.

Auch bei den Gemeindearbeitern kann man den Akten die Berufe der jeweiligen Vorstände entnehmen: Laternenputzer, Gasarbeiter, städtische Taglöhner, Bauamtsarbeiter, Retortenarbeiter (eine Tätigkeit im Gaswerk) werden genannt.

Statut

des

Verbandes der in Gemeindepotrieben beschäftigt Arbeiter und Unterangestellten.

Abgeändert nach den Beschlüssen des Verbandstages zu
Berlin vom 16.—17. April 1900.

Gültig vom 1. Oktober 1900.

1901

11

Stadt Fürth

Verband der in Gemeindepotrieben beschäftigt. Arbeitern. Unterangestellten. Sitz in Berlin, Filiale Fürth.

Vereinszweck:

Die allgemeine Vertretung der Interessen
seiner Mitglieder und die Erfüllung aller
geforderten in religiösen Fragen

1. Oktober 1901:
Der „Verband der in
Gemeindepotrieben
beschäftigt. Arbeitern
und Unterangestellten,
Sitz in Berlin, Filiale
Fürth“ mit Georg
Schmidt als Vorstand,
Johann Spüler als Kas-
sier und Peter Popp als
Schriftführer wird
beim Stadtmagistrat
Fürth eingetragen.

Datum der Statuten:

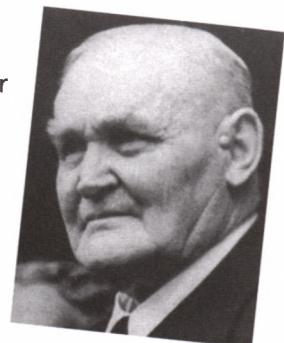
1. Oktober 1901.

Der Nachfolger Schmidts als Vorstand ist ab November 1901 **Friedrich Scherzer**, bei dem als Berufsbezeichnung 'Buchbinder' angegeben ist. Damals wohnt er in der Bogenstr. 15, 3. Stock. Am 18.8.1874 wurde Scherzer in Fürth geboren. Schon während seiner Ausbildung zum Schriftsetzer wendet er sich der Gewerkschaftsbewegung zu, wird Mitglied des Buchdrucker-Verbands und Vertreter im Fürther Gewerkschaftskartell. Einer Biographie zufolge fungiert er im Laufe der Zeit als Vorsitzender bei den Gewerkschaften der Bäcker, der Frieseure und auch der Gemeindearbeiter, als diese wegen drohender Maßregelungen keine eigenen Vorstände stellen konnten. Das erklärt auch den für eine Gemeindearbeiter-Gewerkschaft ungewöhnlichen Beruf des Buchbinders. Über seine Position im Gewerkschaftskartell und seinem Amt bei den Gemeindearbeitern hinaus nimmt er bei der Fürther SPD zeitweise eine führende Stelle ein. Bekannt wird er jedoch durch seine Gründung des Fürther Mieterbundes und vor allem durch die Gründung der Baugenossenschaft "Eigenes Heim" im Jahre 1909. Dort ist auch ein Platz nach ihm benannt. Von 1911 bis zu seinem Tod 1927 vertritt er die Fürther Sozialdemokratie im Magistrat bzw. nach 1919 im Fürther Stadtrat.

1901 hatten die Gemeindearbeiter ihr Verbandslokal zunächst im Gasthaus Zick. Doch schon im November zog man in das Gewerkschaftshaus in der Pfisterstraße um; als Vereinslokal wird der "Saalbau, Pfisterstraße", genannt. Der Verbandszeitung "Gewerkschaft" aus dem Jahr 1902 ist zu entnehmen, daß die Filiale "Fürth jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, im Saalbau des Gewerkschaftshauses, Zimmer No 10" Versammlungen abhält.

Diese räumliche Zentralisation der Fürther Gewerkschaften zur Jahrhundertwende unter einem Dach ist - neben anderen Fürther Gewerkschaftsführern - das Werk eines jungen Metallarbeiters, der 1902 den Vorsitz des Fürther Gewerkschaftskartells übernimmt, **Hans Böckler**. Er kehrt jedoch zum Metallarbeiterverband zurück, verläßt im Rahmen der neuen Aufgaben Fürth und nimmt gegen Ende der Weimarer Republik im Metallarbeiterverband eine führende Stelle ein.

Nach dem 2. Weltkrieg wird Hans Böckler zum 1. Vorsitzenden des neugegründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB gewählt, eine Stellung, die er bis zu seinem Tod 1951 inne hat.



Hans Böckler



2
Laternenputzer im alten Gänserndorfsviertel.
Die zahlreichen Gaslaternen wurden regelmäßig gesäubert.

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bildet in der Folgezeit einen zentralen Aspekt der Arbeit des Verbands. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit gehört dazu. Hier können die Fürther Gemeinendarbeiter schon bald Erfolge aufweisen. Im Jahr 1902 wird als einer der ersten Städte in Deutschland für die Betriebsarbeiter der Gaswerke der Achtstundentag eingeführt. Das Gaswerk befand sich damals noch im Vier- eck zwischen der Eisenbahn, der Hirschen-, Theresien- und Ottostraße.

Daneben ist für die Gemeinendarbeiter natürlich auch der Lohnkampf von großer Bedeutung. Mehrfach werden Lohnerhöhungen erreicht. Im Jahre 1913 beläuft sich der Taglohn für männliche Arbeiter bei der Gemeinde in Fürth auf 3,30 Mark. In Nürnberg liegt er bei 3,40 Mark, in München bei 3,70 Mark und in Kulmbach 2,40 Mark.

Daneben gilt es, die eigene Organisation zu stärken. Die gewerkschaftliche Vertretung der Gemeinendarbeiter ist in den Kommunen als Bereich, der auch hoheitliche Aufgaben durchführt, lange nicht selbstverständlich. Die Vorstandschaft Friedrich Scherzers zeigt das für Fürth. Hinzu treten erschwerend die sehr unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche in den Gemeinden. In der Zeit der Herausbildung der Gewerkschaften führt das zu Problemen der Abgrenzung zu anderen Gewerkschaften. Einzelne Berufsgruppen wandern ab, neue stoßen dafür wieder zum Verband der Gemeinendarbeiter. Als Grundlage einer effizienten Gewerkschaftsbewegung versucht man schon von Anfang an, das Prinzip "ein Betrieb - eine Gewerkschaft" durchzusetzen.

Die Zeit des Ersten Weltkriegs verläuft für die Fürther Transportarbeiter- und Gemeinendarbeiter-Vereinigungen wie andernorts in Deutschland. Noch unmittelbar vor Kriegsbeginn, am 30. Juli 1914, findet eine große Friedenskundgebung mit 1200-1500 Teilnehmern aus der Fürther Arbeiterschaft statt, bei der der Fürther SPD-Landtagsabgeordnete Hans Vogel spricht. Zwar dulden die Gewerkschaften und die SPD mit ihrer Burgfriedenspolitik zunächst die Kriegsmaßnahmen. Doch schon 1915/16 mehrt sich der Widerstand gegen die Kriegsdauer. Hunger und Verelendung zwingen die Gewerkschaften, sich an die Spitze der Forderungen nach einem baldigen Friedensschluß zu stellen. Neue Probleme tauchen auf, für die Einberufungen muß Ersatz geschaffen werden, meist sind Frauen die Lückenbüßerinnen. Wichtige Verteilungsfunktionen werden den Gewerkschaften übertragen, was ihren Einfluß stärkt. Als dann der Krieg verloren ist und die Revolution ausbricht, finden auch in Fürth große Volksversammlungen für den Übergang zur Republik und zur parlamentarischen Demokratie statt, die von den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und von kommunistischen Organisationen getragen werden.



Die Weimarer Republik

Schon die Demobilisierung bringt für die gemeindlichen Aushilfskräfte meist wieder ihre Entlassung. "Bei den Entlassungen wird," schreibt **Oberbürgermeister Dr. Wild**, "soweit dies aus dienstlichen Gründen tauglich ist, nach den wirtschaftlichen Verhältnissen in loyaler Weise verfahren. In erster Linie kommen zur Entlassung die ledigen männlichen und weiblichen Kräfte, die nicht unbedingt notwendige Stützen bedürftiger oder verdienstloser Eltern sind, dann Frauen, deren Männer verdienen und denen keine Unterhaltpflicht obliegt oder deren Männer aus dem Heeresdienst zurückkehren und lohnenden Verdienst finden, endlich die übrigen."

Recht auf
gewerkschaftliche
Organisation

Insgesamt beginnt die Weimarer Republik aber mit der Durchsetzung der alten Forderungen der Arbeiterbewegung. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation wird offiziell anerkannt, Gewerkschaften werden als Vertretungen der Arbeitnehmer als Tarifpartner akzeptiert, Tarifverträge können nun geschlossen werden. Das verschafft den Organisationen natürlich starken Zulauf.

Per Gesetz wird jetzt der Achtstundentag geschaffen, Tarifverträge legen die genaueren Bestimmungen wie die 45-Stunden-Woche bei sechs Arbeitstagen fest. Im Mai 1919 stimmt das Gemeindekollegium dem Tarifvertrag für die städtischen Arbeiter zu. Schon im Juli 1919 sind Änderungen am Lohntarif für die Arbeiter im Betriebsamt nötig, auch die Ofenhausarbeiter im Gaswerk und andere Arbeitergruppen wünschen Nachbesserungen. Eine Erhöhung der Kinderzulage von 15 auf 20 Mark und verschiedene andere Forderungen können durchgesetzt werden.

Auch andere Organisationen von Arbeitnehmern, die bisher dem Gewerkschaftsgedanken ablehnend gegenüberstanden, schließen sich zu gewerkschaftlichen (Konkurrenz-)Verbänden zusammen. Schließlich will man den trotz parteipolitischer Neutralität sozialdemokratisch ausgerichteten Gewerkschaften nicht alleine das Feld überlassen.

Am 28.2.1919 wird im Lokal Langmann in Fürth der „**Gewerkschaftsbund der Angestellten**“, von Vertretern mehrerer Angestelltenverbände gegründet: Dem „Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig“, dem „Verein Deutscher Kaufleute“, dem „Kaufmännischen Verein von 1858“, dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband“ und dem „Kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte“. Heinrich Bauer vom Leipziger Verband, der scheinbar die größte Rolle spielt, wird zum Vorsitzenden gewählt. „Der gewerkschaftliche Gedanke“ heißt es dazu in der Tageszeitung, „in der Angestelltenbewegung ist nicht neu, die politische Umwälzung aber hat ihm zum Siege verholfen. Die im Kriege entstandene „Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände“, an der die oben aufgezählten Verbände mitbeteiligt waren, hat zwar manches Gute geschaffen, kann den neuen Verhältnissen aber mangels des gewerkschaftlichen Charakters nicht mehr Rechnung tragen.“ So wurde der „Gewerkschaftsbund Fürth“ gegründet, der nicht mit dem „Ortskartell Fürth des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ und seinen Mitgliedsgewerkschaften, etwa dem „Zentralverband der Angestellten“, verwechselt werden darf.

Schon am 17. Juli 1919 beschließt der Fürther Stadtrat die „Gehalts- und Lohnfortzahlungen im Erkrankungsfalle an alle über 6 Monate im städtischen Dienste stehenden Aushilfsangestellten“. Maximal sechs Wochen lang wird der Arbeitsverdienst vom Erkrankungstage an fortgezahlt, wobei das gesetzliche Krankengeld, Versorgungs- und Unfallrenten etc. abgezogen werden. Ähnlich wie viele andere Erfolge der Gewerkschaftsbewegung in der frühen Nachkriegszeit geht auch diese Errungenschaft im Verlauf der Weimarer Republik mit ihren vielen politischen und wirtschaftlichen Wirren wieder verloren.

Gehalts- und
Lohnfortzahlungen

Bei einer Generalversammlung des Gewerkschaftskartells, das jetzt den Namen „**Ortsausschuß Fürth des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**“ erhält, werden am 18.2.1920 auch aus den Reihen

der Transportarbeiter, Gemeindearbeiter und Angestellten Vertreter in die Verwaltung des Ortsausschusses gewählt. 2. Schriftführer wird Bechtel vom Transportarbeiterverband, als Beisitzer bzw. bei den Ersatzleuten tauchen ein Kollege Spahn vom Gemeindearbeiterverband und Krämer vom Zentralverband der Angestellten auf.

Tarifvertrag für die Angestellten

Etwas länger als bei den Arbeitern dauert es mit der Beschlußfassung zum Tarifvertrag für die Angestellten. Im Januar 1920 wird jedoch auch "zwischen der Stadtgemeinde Fürth, vertreten durch den Stadtrat und dem Zentralverband der Angestellten, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten sowie dem Bund der technischen Angestellten und Beamten unter Zustimmung der Betriebsräte und Angestelltenausschüsse" ein Tarifvertrag geschlossen. "Das Höchstmaß der regelmäßigen Arbeitszeit ist 8 Stunden, die planmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 45 Stunden. Anderweitige Regelungen der Dienstzeit in einem städtischen Betrieb bleiben hiervon unberührt."

zum Tarifvertrag.

Gehaltstarif

für die

beim Stadtrat und in den städt. Betrieben und Anstalten beschäftigten Angestellten.

A. Mindestgehaltssätze.

1.

Für die Bezahlung der Angestellten gilt folgendes:

Der Mindestgehalt beträgt:

nach vollendetem	17. Lebensjahr	.	.	.	320	M	im	Mona
"	18.	"	.	.	340	"	"	"
"	19.	"	.	.	380	"	"	"
"	20.	"	.	.	425	"	"	"
"	23.	"	.	.	500	"	"	"
"	26.	"	.	.	550	"	"	"
"	30.	"	.	.	600			

Weibliche Ungestellte erhalten bei gleicher Staffelung im Lebensalter von den voraufgeführten Säcken je 15% weniger.

Lehrlinge erhalten:

im 1. Lehrjahr monatlich	75	M.
" 2. " " " "	135	"
" 3. " " " "	100	"

Bei zweidräger Gebraut wird die Fussschädigung des 2. und 3. Gebrechtes bereit.

84

Die Angestellten erhalten außerdem im 1. Dienstjahr 8 Arbeitstage Urlaub, bis zum 4. Dienstjahr wächst die Zahl der Urlaubstage auf 14 Tage an, jeweils zwei Urlaubstage pro Jahr mehr. Im 5. Dienstjahr gibt es 18 Arbeitstage und ab dem 6. Dienstjahr 21 Tage Urlaub.

Auch der Gehaltstarif wird in den Übergangsvorschriften zu dem Tarifvertrag für die städtischen Angestellten festgelegt. Weibliche Angestellte erhalten in sieben Stufen je nach Alter ab dem 17. bis über das 30. Lebensjahr zwischen 272 und 510 Mark, bei Männern liegen die Sätze zwischen 320 und 600 Mark

Doch bald bestimmen neue Probleme das Handeln, vor allem die Inflation, die viele Errungenschaften wieder zunichte macht. Mit dem "Arbeitgeberverband nordbayerischer Städte" arbeitet der Gemeindearbeiterverband Teuerungszulagen aus. Ab April 1920 erhalten die städtischen Arbeiter Fürths abermals 18 Mark Teuerungszulage in der Woche, so daß die Sätze jetzt bei 200 bis 220 Mark per Woche liegen.

Verhandlungen für Vorschußzahlungen werden 1923 immer wichtiger, innerhalb von Tagen ist der Lohn nur einen Bruchteil wert. Das bringt große Nachteile, wenn man erst nachträglich ausbezahlt wird.

Am 23. März 1923 erhalten die Angestellten einen Vorschuß von 6/13 ihres nachträglich bezahlten Gesamtbezuges, die "städtischen Arbeiter einen Vorschuß von 2 Wochenlöhnen (Grundlohn, Ortszuschlag, Teuerungszuschläge, Frauenzuschlag, Kinderzuschläge)."

Allein im Juni 1923, also noch lange nicht am Ende der Hochinflation, steigt der Teuerungsaufschlag für städtische Beamte, Arbeiter und Rentenempfänger von 1790% auf 3050%.

Weitere Probleme tauchen mit der Inflation auf. Das nötige Geld fehlt, kein Wunder, wenn ein verheirateter Arbeiter, Lohnklasse IIIc, mit 2 Kindern bei der Stadt ab 1. August 1923 auf 3.722.033 Mark Wochenlohn kommt. Deshalb geht man dazu über, viele Arbeiter der Stadt wie auch in den Fabriken mit Schecks zu bezahlen, doch zunächst weigern sich die Geschäftsleute, diese anzuerkennen. Als sie es schließlich doch tun, sind bald so viele Schecks im Umlauf, daß die Geschäftsleute vor allem in den Lebensmittelgeschäften bald kein "Kleingeld" mehr haben, um die Schecks umzuwechseln.

Inflation:
Wochenlohn
3.722.033 Mark

Teuerungszuschlag zum Grundgehalt, Ortszuschlag und zu den Kinderzuschlägen.....	2 900 %,
örtlicher Sonderzuschlag zum Grundgehalt, Ortszuschlag und zu den Kinderzuschlägen.....	150 %
zusammen....	3 050 %.

Abkürzungen: G = Grundgehalt,
 O = Ortszuschlag,
 T = Teuerungszuschlag.

Inflation:

Im Juni 1923, noch lange nicht am Ende der Hochinflation, steigt der Teuerungszuschlag von 1790 auf 3050%

1. Dienstleinkommen.											
A. Aufsteigende Gehälter (Monatsbeträge).											
Gruppe II.											
G.	10600	11100	11600	12100	12500	12900	13300	13700	14100		
O.	2400	2400	2400	3000	3000	3000	3600	3600	3600		
T.	396500	411750	427000	460550	472750	481950	515450	527650	550		
G.	400500	425250	441750	480550	497750	517950	550				

Auch eine handschriftliche Notiz des städtischen Chronisten Rieß am 13. Oktober 1923 gibt einen Einblick in die Situation: "Die Arbeiter des städtischen Betriebsamts legten gestern nachmittag wegen Lohnforderung die Arbeit nieder. Sie verlangten sofortige Auszahlung von 3 Milliarden Mark Vorschuß auf die nächstwöchige Lohnerhöhung, da mit einer Milliarde Wochenverdienst eine Familie bei den wahnsinnig hohen Preisen aller Waren nicht mehr aufkommen kann. Nach 1 Stunde wurde die Forderung bewilligt und die Arbeit wieder aufgenommen. Heute morgen fand die Auszahlung statt. Nun traten die Betriebsräte der anderen städt. Betriebe zusammen und machten die gleiche Forderung geltend. Nach langen Verhandlungen mit Bürgermeister Müller erhielten sie die Zusage. Weil aber die Stadtkassa die Riesensumme nicht sofort aufbrachte, wurde die Auszahlung von ebenfalls 3 Milliarden Mark auf Anfang nächster Woche verschoben."

Am 15. November beläuft sich die Besoldung der städtischen Beamten, Angestellten und Versorgungsempfänger laut Aussage von Oberbürgermeister Dr. Wild auf monatlich 17 Milliarden, 317 Billionen und 557 Milliarden Mark. Doch allmählich ist eine Besserung in Sicht. Am 21. November etwa werden 30 % der Nettobezüge in wertbeständigem Geld ausbezahlt. Für 5.400.000 Papiermark erhält man 9 Rentenmark.

Im Transportarbeitergewerbe und im gesamten Großhandel bricht im **Streik** Juni 1923 ein Streik aus, nachdem sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber

nicht über die Annahme eines Schiedsspruchs für eine Lohnanpassung einigen konnten. Vom 27. Juni bis zum 3. Juli dauert der Streik, der am 28. Juni von den Unternehmern mit einer Aussperrung beantwortet wird. 65 Betriebe und 594 Personen sind an der größten gewerkschaftlichen Auseinandersetzung in Fürth in diesem Jahr beteiligt.

Es folgen einige trügerische Jahre der Ruhe. Die "Goldenene Zwanziger Jahre" werden sie genannt, was sich vor allem auf ihre kurze kulturelle Blüte bezieht. Doch für die Mehrzahl der Beschäftigten sieht die Lage in diesen Jahren von 1924 bis 1929 gar nicht rosig aus, von 'golden' ganz zu schweigen. Ein Zahlenbeispiel aus dem Jahr 1926 soll das verdeutlichen: In diesem Jahr gibt es in Fürth laut Lohnsteuerstatistik insgesamt 22.911 Arbeitnehmer. "Davon erzielten 6916 infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, geringen Löhnen und aus anderen Gründen ein so geringes Gesamteinkommen, daß sie das Existenzminimum (1200 Mark) nicht erreichten."

10.044 Beschäftigte erzielen ein Jahreseinkommen von 1200-1500 Mark. Mit anderen Worten: 17.000 von etwa 23.000 Arbeitnehmern beziehen einen Lebensunterhalt unter oder knapp über dem Existenzminimum. 4143 erhalten bis 3000 Mark Lohn, 1141 bis 5000.-, 370 bis 8000.- und 41 liegen darüber.

Inzwischen bläst den Gewerkschaften wieder der Wind stark ins Gesicht. Der Sicherung des bisher Erreichten gilt das Hauptinteresse. Dazu versuchen die Gewerkschaften auch, ihre Organisationsstruktur den neuen Verhältnissen anzupassen. 1925 schließt sich die "Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft" den Transportarbeitern an. Im selben Jahr vereinbaren der "Deutsche Verkehrsbund", der "Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter" und der "Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands" einen Gegenseitigkeitsvertrag dieser drei Gewerkschaften, um ihre Tarif- und Sozialpolitik besser koordinieren zu können. Diese Bemühungen um Annäherung führen schließlich 1929 zum Zusammenschluß des "Deutschen Verkehrsbunds" und des "Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter" im

"Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des

Die Beamtengehälter.
Berlin, 12. Ott. Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte der erneuten Anpassung der Beamtengehälter usw. an die neuereliche Geldentwertung für das zweite Viertel des Monats Oktober zu. Für diesen Zeitraum soll noch einmal das Dreifache des bisherigen Teuerungszuschlages für die zweite Oktoberwoche und am 18. 10. für die dritte Woche des Oktober als Teuerungszuschlag noch einmal ein Monatsgehalt gezahlt werden.

Die Presse schreibt am 12. Oktober 1923:
„Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte der erneuten Anpassung der Beamtengehälter (...) für das zweite Viertel des Monats Oktober zu (...)“

Personen- und Warenverkehrs", dem direkten organisatorischen Vorläufer der heutigen Gewerkschaft ÖTV.

Andere Berufsgruppen schließen sich dem neuen Gesamtverband an, so der "Verband der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter", um nicht den schlecht bezahlten Landarbeitern zugesellt zu werden. Der "Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner", Verbände der Masseure und Friseure und der "Verein sozialistischer Ärzte" kommen in dieser Zeit ebenfalls hinzu. Allerdings bleibt der "Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands" dem Gesamtverband fern und geht fortan eigene organisatorische Wege.

Mit insgesamt 700.000 Mitgliedern in sechs Reichsabteilungen, an die sich wiederum Reichsfachgruppen angliedern, ist der "Gesamtverband" in den frühen 30er Jahren die zweitgrößte Gewerkschaft in Deutschland.

1929
Noch vor dem Zusammenschluß kommt es im Nürnberg-Fürther Großhandel am 20. März 1929 zum Streik. Der Deutsche Verkehrsverbund hatte die Lohnvereinbarung zum frühestmöglichen Termin gekündigt und eine 15%ige Lohnerhöhung gefordert. Dagegen fällt das von den Arbeitgebern angerufene Schiedsgericht "unter Anerkennung der Notlage des Großhandels ... wegen der außerordentlich schlechten Konjunktur" einen Schiedsspruch, nach dem die Löhne bis zum 28.2.1930 und der Mantelvertrag bis zum 31.12.1930 verlängert werden sollen. Bald werden in der Lebensmittelbranche, bei den Papiergroßhandlungen und in verschiedenen Kohlenhandlungen Vereinbarungen getroffen und die Arbeit wieder aufgenommen. In den Eisengroßhandlungen, den Spielwarenexportgeschäften und den Kohlegroßhandlungen hält der Ausstand dagegen an. Die Arbeitgeber drohen mit Aussperrung. Nach mehreren Schiedssprüchen scheint der Verkehrsverbund zum Einlenken bereit, nachdem auch die Unternehmer eine gewisse Kompromißbereitschaft signalisiert hatten.

Doch die Arbeiterschaft und auch die Gewerkschaftsbewegung sind gespalten: Kommunistische Gegengründungen machen Konkurrenz. Das scheint auch beim Nürnberg-Fürther Transportarbeiterstreik der Fall gewesen zu sein, obwohl es aus den Quellen nicht ganz deutlich hervorgeht. Zumindest heißt es in der Zeitung vom 11. April 1929:

„Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer war bereit, diesen Vorschlag einer Versammlung der Arbeiter zu unterbreiten. In den Arbeiterversammlungen wurde aber auch dieser Vermittlungsvorschlag der Arbeitgeber abgelehnt. Auf die zahlreich erschienenen Arbeitswilligen wurde von einer radikalen Minderheit ein außerordentlicher Druck ausgeübt; von einer ordnungsgemäß durchgeföhrten geheimen Abstimmung wurde auch diesmal wiederum Abstand genommen. Soviel wir hören, hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft bereits Schritte unternommen, um in den Ortsverwaltungen Nürnberg und Fürth des Deutschen Verkehrsbundes die in den anderen Gewerkschaften üblichen und ordnungsgemäß Voraussetzungen für die Vorbereitung und Durchführung eines Streiks zu schaffen.“

Nachdem es den Arbeitgebern vor allem der Spielwarenexportgeschäfte nicht gelingt, unter Arbeitslosen, Streikbrecher zu suchen, werden von einzelnen Firmen Angestellte zur Verrichtung der bestreikten Tätigkeiten der Packer und Einbinder herangezogen. „Wir sehen uns veranlaßt,“ schreibt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Fürth, „an diesem Solidaritätsbruch, der eines vernünftig denkenden Angestellten unwürdig ist, schärfste Kritik zu üben. Der Ausgang des Lohnkampfes der Packer und Einbinder ist für die gesamte Angestellten- und Arbeiterschaft von größter Bedeutung. Gelingt es dem Unternehmertum, in einer Berufsgruppe den Lohnabbau durchzusetzen, so wird sich das auf die Lohnverhandlungen aller übrigen Gewerkschaften auswirken.“

Letztlich können sich die Gewerkschaften nicht durchsetzen. Doch auf beide, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, kommen einige Monate später sowieso ganz andere Probleme zu. Am 29.10.1929, dem sogenannten Schwarzen Freitag, leitet der Zusammenbruch der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise ein.

Weltwirtschaftskrise

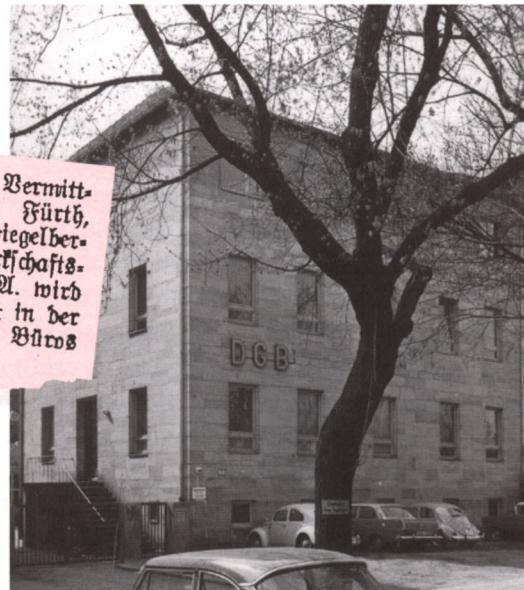
Das Gewerkschaftshaus

Die Fürther Gewerkschaften haben mittlerweile großteils in der Hirschenstraße 24 ihr Domizil. Der Holzarbeiter-Verband, Fürths größte Einzelgewerkschaft besitzt hier ein Büro, der Baugewerksbund, der Metallarbeiter-Verband und ebenso auch der „Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Ortsverwaltung Fürth, Fritz Schuster, Fürth, Hirschenstr. 24, F. 72979“ residieren hier. Der „Zentralverband der Angestellten“ unterhält seine Geschäftsstelle in der Friedrichstr. 10.

In der Friedrichstraße liegen auch die Büros der konkurrierenden "Gewerkschaft der Angestellten, GdA". Im Jahr 1929 erwirbt die GdA vom Fabrikanten Spiegelberger das Gebäude Königswarterstr. 16 und verlegt dorthin bis zum Jahresende ihre Büros und Unterrichtsräume. Gleich daneben zieht im Dezember 1929 in das Parterre des Eckhauses Königswarterstraße 14 und Bahnhofstraße der "Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband" ein.

Der Kauf des Gewerkschaftshauses in der Königswarterstraße

Ein G.D.A.-Haus in Fürth. Durch Vermittlung des Immobilienbüros Schönleben, Fürth, wurde das Haus des Kaufmanns Karl Spiegelberger, Königswarterstraße 16, an den Gewerkschaftsbund der Angestellten verkauft. Der G.D.A. wird das Haus ausbauen und dorthin seine jetzt in der Friedrichstraße mietweise untergebrachten Büros und Unterrichtsräume verlegen.



Massenarbeitslosigkeit

Die Massenarbeitslosigkeit prägt immer mehr das Leben der Menschen und die Aktivitäten auch des Gesamtverbandes. Am 1. Januar 1931 werden in Fürth 9825 Arbeitsuchende gezählt, darunter 3049 Frauen. Am 31. Dezember 1931 sind es bereits 13.809, darunter 4756 Frauen. Das sind über 60% der in Fürth lohnabhängig Beschäftigten, legt man die oben genannte Zahl von 1926 mit etwa 23.000 Lohnempfängern zugrunde. Davon stehen nur 5632 in Unterstützungsbezug. Allein die Zahl der sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen nimmt in diesem Jahr von 2040 auf fast 5000 zu. Die im Gesamtverband organisierten Arbeitnehmer müssen allenthalben Lohneinbußen und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hinnehmen, der Urlaub wird gekürzt, ebenso die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Doch auch die Organisation trifft es hart. Viele Mitglieder, die länger arbeitslos sind, verlassen die Gewerkschaft aus wirtschaftlicher Not. Zugleich erhalten die Gewerkschaftsmitglieder noch in der ersten Zeit ihrer Arbeitslosigkeit Unterstützungszahlungen, was die Gewerkschaftskassen dezimiert.

Ende September 1932 gibt es in Fürth einschließlich Zirndorf 383 offene Stellen. Ihnen stehen 14.306 Erwerbslose gegenüber, von denen nur 1283 Arbeitslosenunterstützung erhalten, 2894 erhalten eine Krisenunterstützung und 5264 die minimale Wohlfahrtsunterstützung.

Es wundert nicht, daß in dieser Zeit radikale Parteien regen Zulauf haben, vor allem die NSDAP. Im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold versuchen die Gewerkschaften, ein Gegengewicht zu den Verbänden der NSDAP zu schaffen, die die Straße zu beherrschen versuchen. Doch auch der Reichsbanner, der viel zu unbeweglich ist, kann die Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 nicht verhindern.

Gespräche zum weiteren Zusammenschluß der Fürther Gewerkschaften werden geführt, um eine straffere, schlagfertigere Organisation zu erhalten. Doch es nützt nichts. Der 1. Mai 1933 wird zum Tag der Deutschen Arbeit umfunktioniert. Die Gewerkschaften müssen ihr Plätzchen dazu geben. 86 Programmpunkte nennt die Auflistung der einzelnen Organisationen am Umzug zum 1. Mai 1933. Die berittene SA bildet den Anfang. Viele andere NS-Gruppen folgen, etwa eine NS-Wandergruppe, mehrere NS-Betriebsorganisationen, viele Innungen, alle Sportvereine, die Militärvereine, ein historischer Landsknechtzug der Tapezierer ist mit einem Festwagen ebenso dabei wie die Mittelschüler-Verbindungen, kirchliche und Gesangsvereine. Dazu kommen Kapellen und geschmückte Festwagen, ein Kirchweih-Umzug am 1. Mai - und irgendwo mittendrin in diesem Folklorezug auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Fürth.

Am darauffolgenden Tag, dem 2. Mai 1933, werden in ganz Deutschland die Gewerkschaftshäuser besetzt. Auch in Fürth. "Ruhige Nacht in Fürth," überschreibt der Fürther Anzeiger einen Artikel dazu, "Beginn der Generalsäuberung. Um 2.30 Uhr nachts besetzte eine Abteilung der SA das Gewerkschaftshaus in der Hirschenstraße. Fast nie-

Die Machtergreifung
Hitlers

Zerschlagung des
„Gesamtverbandes
der Arbeitnehmer der
öffentlichen Betriebe
und des Personen-
und Warenverkehrs“

mand zeigte sich zunächst. Es dauerte aber nicht lange, als fast alle Fenster erleuchtet waren und die Bevölkerung den Gang der Ereignisse aufmerksam verfolgte. Nicht lange nach der Besetzung wurde auch schon die Hakenkreuzfahne am Mast hochgezogen. Widerstand wurde nicht geleistet."

Damit ist der "Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs" in Fürth weitgehend zerschlagen. Verschiedene Aktivisten und Funktionäre versuchen noch Widerstand zu leisten, wollen die Verbindungen im Untergrund bis zum erhofften baldigen Zusammenbruch des Nazi-Regimes aufrecht erhalten. Doch gegen den schnell perfektionierten Apparat der Gestapo haben sie auf Dauer keine Chance.

Die Gewerkschaften versuchen, Stimmung gegen Hitler zu machen - vergeblich. Flugblatt von 1932.

Schlagt
WER
Hitler!

soll der neue Präsident der deutschen Republik werden?

Auf keinen Fall: Adolf Hitler

Die Reichspräsidentenwahl ist eine Volkswahl, ein Akt der Demokratie. Adolf Hitler ist Gegner der freien Volksversammlung, Anhänger der Diktatur — also kann er nicht zum Leiter eines demokratischen Staates freier, gleichberechtigter Bürger gewählt werden.

Die Reichspräsidentenwahl ist die Wahl des obersten Halters der Verfassung. Adolf Hitler ist Gegner dieser Verfassung — also kann er nicht ihr Hälter sein. Adolf Hitler ist wegen Hochverrats gegen die Republik verstrraft — also kann er nicht Präsident der Republik werden!

Die Reichspräsidentenwahl ist die Wahl einer überragenden Persönlichkeit, deren politisches und menschliches Ansehen über die Grenzen einer Partei hinausreichen muß. Adolf Hitler, der vorbeigelungene Gendarm von Hildburghausen, der Parteibuch-Regierungsrat von Braunschweig, ist keine überragende Persönlichkeit, sondern nur noch eine komische Figur. Darum kann er nicht deutscher Reichspräsident werden. Das widerspricht der Würde des Amtes, das widerspricht dem Ansehen des Volkes, das hieße Deutschland dem Gelächter der ganzen Welt ausliefern.

Auf keinen Fall: Ernst Thälmann

Für den Kandidaten der Kommunistischen Partei gilt das gleiche: es wäre politischer Irrsinn, einen geschworenen Feind der Demokratie zum obersten Hälter der Demokratie machen zu wollen. Die Wahl Thälmanns ist aber auch deshalb sinnlos, weil sie völlig aussichtslos ist. Die erforderliche Mehrheit bekommt er natürlich nicht; die für ihn abgegebenen Stimmen sind ungültig, d. h. es sind in ihrer praktischen Wirkung Stimmen für den Kandidaten des Faschismus:

Wer Thälmann wählt, wählt Hitler!

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs beginnt wieder der Aufbau der Gewerkschaften. Schon 1946 gibt es in der Gaststätte "Stadtwappen" eine Versammlung der Gemeindearbeiter. Wie schon in der Weimarer Republik beherrschen die Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zunächst den Aufbau der Arbeitnehmerorganisationen. So muß Anfang 1946 eine Versammlung in der Gaststätte "Stadtwappen", die der Vorbereitung zur Gründung einer Gewerkschaft der Gemeindearbeiter dienen soll, abgebrochen werden, weil viele, oft berufsfremde Kommunisten die Versammlung unterwandert haben. Es kommt zu Tumulten.

Erst am 13. April 1946 kann eine Wahl für die "Gewerkschaft kommunaler Betriebe und Verwaltungen, Fürth" abgehalten werden. Hierbei zeigt sich, daß die Kommunisten keine ausreichende Basis in der Gewerkschaft haben und isoliert sind, daß sich das Stimmverhalten nach der parteipolitischen Zugehörigkeit richtet. Als Vorsitzender wird **Hans Wolf** vom Tiefbauamt mit 750 Stimmen gewählt, sein kommunistischer Gegenkandidat erhält 139 Stimmen (folgend stehen die Stimmen der Kommunisten jeweils in Klammern). Kassier wird Erich Metzger mit 527 Stimmen (163 Stimmen), Schriftführer Karl Schmidtill vom Wirtschaftsamt mit 531 Stimmen (164). Als Beisitzer erhalten Karl Baier vom Sonderdienst 547 Stimmen, Alfred Kanofsky vom Versicherungsamt 479 Stimmen, Karl Segitz von den Stadtwerken 536 Stimmen, Karl Schmidt vom Gewerbeamt 469 Stimmen und Hans Schwarz vom Friedhof 472 Stimmen. Hier werden für die kommunistischen Ge-

„Gewerkschaft kommunaler Betriebe und Verwaltungen, Fürth“

genkandidaten 184, 157, 158, 181, 137 und für die einzige wählbare Frau nur 93 Stimmen abgegeben.

Ebenfalls im Jahr 1946 wird in Fürth der "Ortsausschuß Fürth des Bayerischen Gewerkschaftsbundes" gegründet. Am 6. Juli 1946 findet seine Konstituierung im neuen Haus der Gewerkschaften in der Königswarterstraße 16 statt. Die Überparteilichkeit, die religiöse Neutralität und die Einheit in den Betrieben bilden die Grundprinzipien der Gewerkschaften. Zugleich sollen sie sowohl Arbeiter als auch Angestellte und Beamte umfassen. Als Arbeitssekretär wird Hermann Landleiter gewählt. In den Beirat kommt je ein Vertreter der 11 Gewerkschaften.

Stimmzettel

für die Wahl der Verwaltung der Gewerkschaft kommunaler Betriebe und Verwaltungen Fürth, am Samstag, den 13. April 1946.

Vorsitzender	1. Hans Reitzammer	Kohlenstelle	139
"	2. Hans Wolf	Tiefbauamt	570
Kassier	3. Friedr. Hermann	Städt. Gebührenamt	16,3
"	4. Erich Metzger	Ernährungsamt	524
Schriftführer	5. Hans Mundinar	Flüchtlingskommis.	164
"	6. Karl Schmidtill	Wirtschaftsamt	531
Beisitzer	7. Karl Baier	Sonderdienst	544
"	8. Josef Ebner	Stadtkrankenhaus	184
"	9. Hans Hörndlein	Quartieramt	154
"	10. Gertrud Jahn	Wirtschaftsamt	93
"	11. Alfred Kanofsky	Versicherungsamt	479
"	12. Karl Segitz	Stadtwerke	536
"	13. Wilhelm Segitz	Polizei	158
"	14. Karl Schmidt	Gewerbeamt	469
"	15. Hans Schwarz	Friedhof	471
"	16. Christian Zeiher	Stadtwerke	181
"	17. Lorenz Zessinger	Polizei	134

Stimmzettel für die
Wahl der Verwaltung
der Gewerkschaft
kommunaler Betriebe
und Verwaltungen
Fürth
am 13. April 1946

Zu wählen ist: 1 Vorsitzender
1 Schriftführer

1 Kassier
5 Beisitzer

Eine Aufstellung der Militärregierung in Fürth aus dem Jahr 1946 nennt noch eine "Gewerkschaft für Staatsbetriebe". Beide Gewerkschaften werden wohl im Laufe des Jahres noch vereinigt, denn die entstehende Landesgewerkschaft kennt diese Unterteilung nicht mehr. Vom 21.-23. Februar 1947 wird in München die "**Landesgewerkschaft öffentliche Betriebe und Verwaltungen**" gegründet.

Mitglied kann jeder werden, der in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen in Bayern tätig ist. Als Delegierter aus Fürth ist Erich Metzger auf dem Gründungskongreß anwesend.

Inzwischen laufen auch die Vorbereitungen zur Gründung einer Gewerkschaftsorganisation, die über die Grenzen der einzelnen Besatzungszonen hinausreicht. Doch die sowjetische und die französische Besatzungszone stemmen sich aus unterschiedlichen Gründen gegen nicht-parteidarbundene, einheitliche Gewerkschaften, wie sie sich in der britischen und amerikanischen Zone herausgebildet haben.

So wird am 28. Januar 1949 in Stuttgart-Degerloch nur von den Vertretern der amerikanischen und der britischen Zone die "**Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr**" gegründet. Beteiligt sind die "Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen" Bayerns mit 110.000 Mitgliedern und Hessens mit 65.000 Mitgliedern, der "Gesamtverband des Personals der öffentlichen Dienste und des Verkehrs Württemberg-Badens" mit 73.000 Mitgliedern und die "Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" der britischen Zone mit 400.000 Mitgliedern. Die Franzosen verbieten den Anschluß einer analogen Gewerkschaft mit 50.000 Mitgliedern.

Für Fürth nimmt der Polizeibeamte Lorenz Hagen am Gründungskongreß in Stuttgart teil.

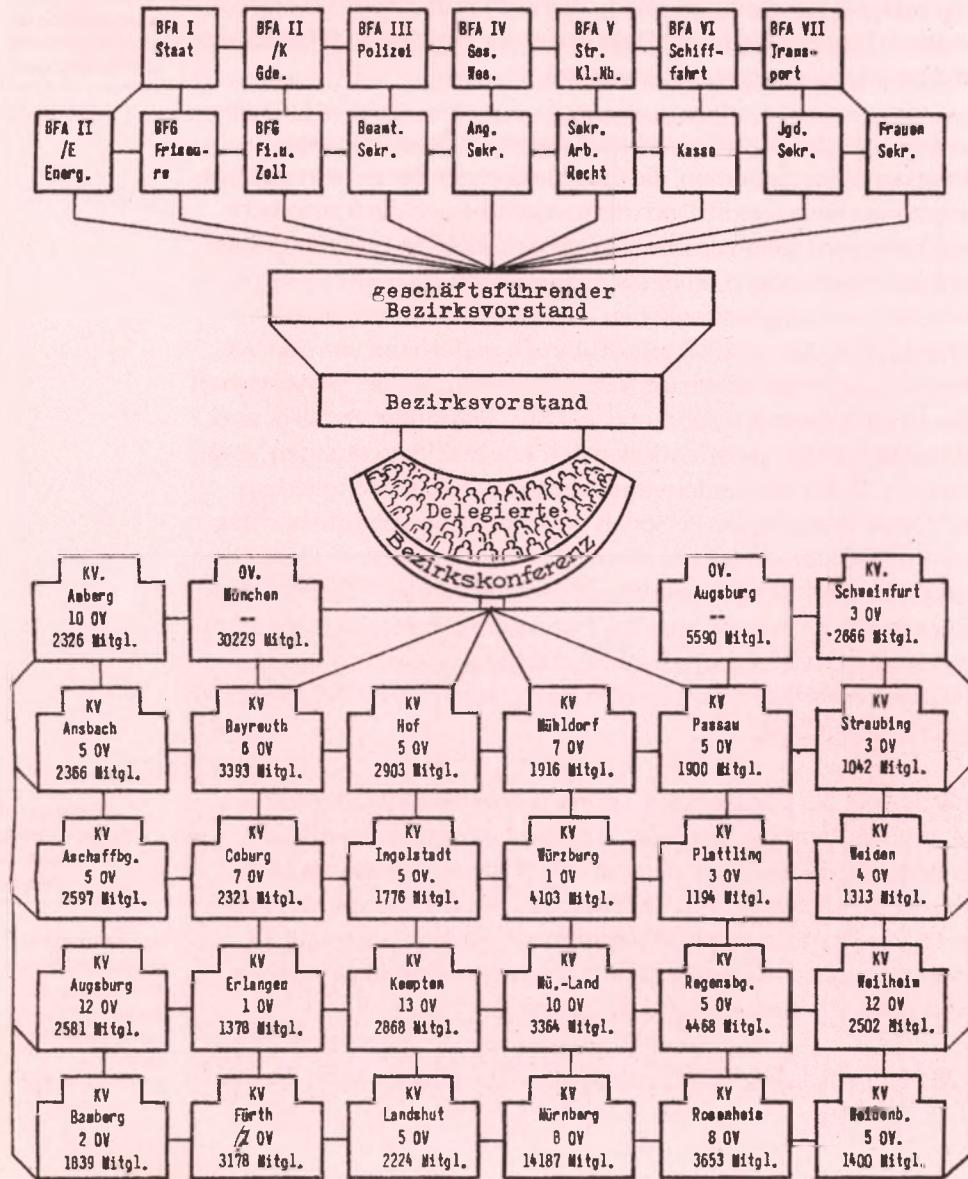
1949 besteht der Vorstand der Fürther "Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" aus dem 1. Vorsitzenden Alfred Kanofsky, dem 2. Vorsitzenden Hans Wolf sowie dem Kassier Erich Metzger. Schriftführer wird Hans Reitzammer, der 1946 bei der Wahl zum 1. Vorsitzenden als KPD-Mitglied noch durchgefallen war. Im darauffolgenden Jahr wird Fürth wieder Sitz einer eigenen Kreisverwaltung, Kreissekretär wird Erich Metzger.

3178 Mitglieder zählt 1950 die Kreisverwaltung Fürth.

**Landesgewerkschaft
öffentliche Betriebe
und Verwaltungen"**

**"Gewerkschaft
Öffentliche Dienste,
Transport und
Verkehr"**

*Aufbau
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
Bezirksverwaltung Bayern*



In Nürnberg-Fürth sind in den Jahren 1949/50 etwa 15.000 Beschäftigte in der ÖTV organisiert. Diese hohe Zahl erklärt sich zum einen aus den vielfältigen Verteilungsaufgaben, die die Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten hatten. Sie sind praktisch die einzigen Massenorganisationen, zudem eng mit der Wirtschaft verbunden, so daß sie viele Aufgaben zugeteilt bekommen, die später an den Staat oder die Wirtschaft übergehen. Zum anderen ist der Personalstand der Kommunen sehr hoch, weil die Zuteilungswirtschaft der Nachkriegszeit entsprechend personalintensiv ist.

Mit Beginn der 50er Jahre, der Fürther Ludwig Erhard hat die 'soziale Marktwirtschaft' als wirtschaftspolitisches Ziel der neuen Bundesrepublik vorgegeben, entfallen diese Zuteilungsaufgaben und damit auch die entsprechenden Stellen. Meist werden die Entlassungen so geregelt, daß sogenannte Doppelverdiener zuerst gehen müssen. Wenn also beide Ehepartner arbeiten, muß einer aufhören.

In der Regel dürfte dies die Frau gewesen sein.

Schon im Jahr 1950 wird eine eigene **ÖTV-Jugendgruppe** gegründet, deren erster Vorsitzender Fritz Schmidt ist. Sie kommt ab 1952 im neuen Jugendheim der Gewerkschaften im Hof der Königswarterstraße 16 unter.



ÖTV-Jugend,
50er Jahre

Bis 1954 wächst die Zahl der Mitglieder der Kreisverwaltung Fürth auf 3530. Davon sind 520 in der Fachabteilung I (Bundes- und Länderverwaltung und Betriebe, Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Einschluß der Arbeitsverwaltung und der Sozialversicherung,

Mitgliederstand vom 30. 9. 1954 nach Kreisverwaltungen und Fachabteilungen

Kreisverwaltung	I	II/K	II/E	III	IV	V	VI	VII	Rent. Pens.	Arb.lose	Sonst.	Zusammen
1. Amberg	456	767	590	148	142	—	—	131	105	89	—	2428
2. Ansbach	889	298	400	188	264	—	—	68	112	143	2	2364
3. Aschaffenburg	482	718	502	198	289	104	243	89	185	20	6	2836
4. Augsburg OV	1094	1479	1263	276	336	784	—	308	362	68	—	5070
5. Augsburg KV	837	681	166	318	168	—	—	107	112	94	—	2483
6. Bamberg	383	870	123	323	163	—	35	156	119	13	—	2185
7. Bayreuth	1015	867	753	216	269	53	—	111	239	53	26	3602
8. Coburg	750	698	528	273	134	—	—	210	82	88	6	2769
9. Deggendorf	456	192	177	29	43	—	176	42	78	32	5	1230
10. Erlangen	172	432	300	65	287	—	—	33	113	32	2	1436
11. Fürth	520	1217	400	384	254	—	—	324	329	102	—	3530
12. Hof	647	754	508	364	94	59	—	324	162	113	—	3025
13. Ingolstadt	404	638	452	201	26	—	30	64	112	191	2	2120
14. Kempten	711	829	535	248	301	9	—	247	203	26	—	3109
15. Landshut	832	539	251	262	21	39	—	63	115	51	—	2173
16. Mühldorf	607	250	474	116	50	—	—	84	95	40	2	1720
17. München OV	8621	8250	3613	2244	1616	4972	—	3533	3228	375	—	36452
18. München-Land	1527	1042	509	416	343	34	—	162	120	—	—	4153
19. Nürnberg	2271	5267	1808	1489	828	2565	28	441	1057	65	19	15838
20. Passau	840	482	354	134	43	—	151	107	97	33	—	2241
21. Regensburg	1427	1351	645	349	376	232	676	239	283	83	151	5812
22. Rosenheim	1202	851	463	422	376	13	70	77	199	280	58	4011
23. Schweinfurt	827	720	474	189	269	41	48	75	129	53	22	2047
24. Straubing	453	278	154	75	26	—	10	97	97	43	20	1253
25. Weiden	639	367	100	228	154	—	—	100	103	50	—	1741
26. Weilheim	741	826	523	339	342	—	—	84	94	47	—	2996
27. Weißenburg	303	373	185	156	41	—	—	55	87	71	—	1271
28. Würzburg	933	1001	1112	354	263	305	220	177	226	10	8	4609

Stand vom 30. 9. 1954 30039 32037 17304 10004 7519 9210 1687 7508 8243 2265 329 126204

Stand vom 30. 6. 1954 29434 44912 8380 5499 7948 1356 6216 5028 2504 111277

Zuzugang + 605 + 4489 + 1624 + 2019 + 1262 + 331 + 1292 + 3215 + 90 + 14927

30. 6. 51 - 30. 9. 54 + 2,05 + 9,99 + 19,38 + 36,70 + 15,87 + 24,34 + 20,77 + 63,91 + 3,60 + 13,41

Besetzungs- (Militär-)Betriebe), 1217 Mitglieder hat die Fachabteilung II/K (Kommunale Betriebe und Verwaltungen, Stadt- und Kreis-sparkassen), 400 gehören zur Fachabteilung II/E (Gas, Wasser und Elektrizitätsgesellschaften), 384 gehören zur Fachabteilung III (Polizei), 254 zu IV (gesamtes Gesundheitswesen und hygienische Institute). Die Fachabteilungen V (Privat-, Klein- und Nebenbahnen, Hoch- und Straßenbahnen) und VI (Binnenschiffahrt, Hafen und Umschlagbetriebe, Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung sind in Fürth nicht vertreten. Dafür gehören 324 Mitglieder der Fachabteilung VII an (Privater Transport, Kraftverkehrsbetriebe, Spedition und Handelsbetriebe).

Am 31. Dezember 1956 hat die Fürther ÖTV 3240 Mitglieder, davon sind 685 Frauen und 126 Jugendliche bis 21 Jahre. Bis zum 30. September 1959 steigt die Zahl leicht auf 3381, jetzt mit 740 weiblichen Mitgliedern und 184 Jugendlichen. Am 31. Dezember 1962 hat die ÖTV 3567 Mitglieder. Die ÖTV bleibt damit hinter der IG-Metall in Fürth zweitstärkste Gewerkschaft.

1. Vorsitzender der Gewerkschaft ist von 1949 - 1955 **Alfred Kanofsky** der Leiter des städtischen Versicherungsamtes. Ihm folgt **Hans Wolf** von 1955 - 1957, sein bisheriger Stellvertreter. **Georg Endres**, von 1957 - 1962 Vorsitzender der ÖTV, wird nach 1962 Nachfolger von Hermann Landleiter als DGB-Vorsitzender, wo er bis 1976 bleibt. **Fritz Schmidt**, der Gründer der ÖTV-Jugendgruppe, ist von 1962 - 1983 Vorsitzender der Fürther ÖTV. Seit 1983 ist **Hans-Stefan Schuber**, der 1973 - 1977 die Jugendgruppe leitet, ÖTV-Vorsitzender.

Mitgliederzuwachs
Ende der 50er Jahre

1. Vorsitzende der ÖTV

1949 - 1955	Alfred Kanofsky
1955 - 1957	Hans Wolf
1957 - 1962	Georg Endres
1962 - 1983	Fritz Schmidt
seit 1983	H.-Stefan Schuber

Seit 1950 hat die Fürther ÖTV auch wieder einen eigenen Geschäftsführer. Zunächst hat **Erich Metzger** diese Stelle von 1950 - 1955 inne, ehe er zum Landesverband wechselt. Sein Nachfolger ist **Josef Baier** von 1955 bis 1978 prägt er 23 Jahre lang die Fürther ÖTV. **Rudi Hartosch**, von 1976 - 1978 zunächst als DGB-Vorsitzender Nachfolger von Georg Endres, ist von 1978 bis Oktober 1990 Geschäftsführer. Nach seinem überraschenden Tod führt der damalige Sekretär **Gerd Axmann** seit Januar 1991 die Geschäfte der ÖTV in Fürth.

Geschäftsführer der ÖTV

1950 - 1955	Erich Metzger
1955 - 1978	Josef Baier
1978 - 1990	Rudi Hartosch
seit 1991	Gerd Axmann



Impressionen aus den
50er und 60er Jahren

Baut keine Bomben mit Atom
Tod und Elend ist der Lohn!



In den 50er Jahren spielen Fragen der Arbeitszeitverkürzung eine große Rolle im Kampf der ÖTV wie auch der anderen Gewerkschaften. Vor allem die 5-Tage-Woche steht im Zentrum der Auseinandersetzungen. Schon zu Beginn der 50er Jahre gibt es bei den Gemeindebeschäftigen einen freien Samstag pro Monat, den sogenannten Haushaltstag. Lange noch vor dem eigentlichen Beginn der Kampagne um den arbeitsfreien Samstag führt die Stadt Fürth als erste in Deutschland am 1. Oktober 1957 die 5-Tage-Woche bei 45 Stunden Arbeitszeit ein.

5-Tage-Woche bei
45 Stunden Arbeitszeit
in Fürth

Auch auf anderen Gebieten nimmt Fürth in den 50er Jahren eine Vorreiterrolle ein. Arbeiter erhalten beispielsweise sehr früh ihre Lohnzahlungen monatlich. Die Zeiten, in denen man wöchentlich in einer Lohntüte Bargeld erhält, sind vorbei. Jeder muß sich ein Konto einrichten, auf das der Lohn überwiesen werden kann. Im Zusammenhang mit der monatlichen Lohnzahlung steht auch die sechswöchige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. In Fürth wird sie etwa 10-12 Jahre vor ihrer allgemeinen Durchsetzung in Deutschland eingeführt, allerdings anders, unter stärkerer Beteiligung der Krankenkassen.

Natürlich spielen auch die Auseinandersetzungen um die Löhne immer wieder eine große Rolle. 1956 kommt es sowohl bei den Transportarbeitern als auch bei den Arbeitern der kommunalen Betriebe zu Tarifauseinandersetzungen. 7% mehr Lohn erhalten die Arbeiter der Kommune. Auch die Beschäftigten bei den alliierten Streitkräften sind in der ÖTV organisiert. Dort verdient eine Bürokraft im Jahr 1956 monatlich 370 - 419 DM, Putzfrauen erhalten 214 DM und für Kanalreiniger wird ein Stundenlohn von 1.58 DM bezahlt. Ende 1957 werden jedoch 1035 Beschäftigte bei den Amerikanern entlassen. Die Transportarbeiter protestieren 1958 gegen die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 66 Stunden im Speditions- und Fuhrgewerbe. Sie können ab Januar 1959 ebenfalls die 45-Stunden-Woche durchsetzen.

Daneben werden immer wieder auch politische Forderungen gestellt. In den 50er Jahren steht der Kampf um die Wiederbewaffnung im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Es folgen in den 60er Jahren die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze und um den Vietnam-Krieg.

Mehrfach untermauern die Gewerkschaftsmitglieder ihre Forderungen durch Warnstreiks. 1974 kommt es zu einem bundesweiten Streik um Lohnforderungen, bei dem das Baubetriebsamt der Stadt Fürth drei Tage bestreikt wird. Im Frühjahr 1983 geht das Wachpersonal bei der Army auf die Straße, im Mai kommt es während der Tarifrunde bei den kommunalen Bediensteten zu Warnstreiks, denen sich 600 Beschäftigte anschließen. Auch im Frühjahr 1986 erfaßte eine umfangreiche Streikbewegung Fürth. Im Februar legen 500 städtische Mitarbeiter die Arbeit nieder, um ihren Tarifforderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Busfahrer beteiligten sich, die Müllmänner stehen bei fast allen Streiks mit in der ersten Linie. Im Herbst kommt es abermals zu Streiks beim Personal der amerikanischen Streitkräfte.

Streikaktivitäten für
bessere Arbeitsbedin-
gungen



Zu einer größeren Streikbewegung kommt es ab 25. April 1992. Bis zum 5./6. Mai dauerten die Arbeitsniederlegungen der städtischen Beschäftigten, im Klinikum, bei der Post und im öffentlichen Nahverkehr. Und auch im März 1994 und im Mai 1996 legten ÖTV-Mitglieder während der Tarifrunden zeitweise die Arbeit nieder

Zugleich steht seit den 80er Jahren wieder die Arbeitszeitverkürzung im Mittelpunkt der Bestrebungen der ÖTV. Vom Ziel der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausgehend, wurde die Arbeitszeit schrittweise auf 38,5 Stunden verkürzt.

38,5 Stunden Arbeitszeit pro Woche bei vollem Lohnausgleich

Die Veränderungen der letzten Jahre stellen auch die ÖTV vor große Herausforderungen. Der Abzug der amerikanischen Streitkräfte nach der Wiedervereinigung führte zum Wegfall fast aller Arbeitsplätze in diesem Bereich. Dies brachte der ÖTV einen Rückgang der Mitgliederzahl, die allerdings teilweise wieder aufgefangen werden konnte.

Hinzu kommen die verschiedenen Privatisierungs- und anderen Einsparungsmaßnahmen, die die Kommune aufgrund ihrer prekären Haushaltsslage seit der Wiedervereinigung Deutschlands anstrebt.



Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Fürth stellte die Weichen
An den „Runden Tisch“
Gemeinsame Anstrengungen zur Arbeitsplatzsicherung gefordert



Der neue ÖTV-Vorstand Hans-Stefan Schuber (2. v. re.) und seine Stellvertreterinnen Monika Szemeltzke (2. v. li.), Elke Efstratiou (re.) im Dezember 1995.

Links ÖTV-Kreisgeschäftsführer Gerd Axmann.

Der neue ÖTV-Vorstand mit Hans-Stefan Schuber (2. v. re.) mit seinen Stellvertreterinnen Monika Szemeltzke (2. v. li.) und Elke Efstratiou (re.). Links ÖTV-Kreisgeschäftsführer Gerd Axmann.

FÜRTH – Die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sind längst nicht mehr so sicher wie es die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz in ihrer Eröffnungssitzung am 11.12.1995 in Fürth behauptet. Foto: Meyer



"ÖTV
fordert
fortsc...
Personen
40
An...

Lehrstellen

hr Verw

Herausgegeben von der Gewerkschaft ÖTV
Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr,
Kreisverwaltung Fürth